

Sebastian Heilmann

Chinas Dissidenten formieren sich neu

Anträge auf Parteigründung
und Schärfung
der Programmatik

Die innerchinesische politische Opposition hat seit Juni in einer Serie von landesweiten Aktivitäten auf ihre Anliegen aufmerksam gemacht. Die China-Besuche des amerikanischen Präsidenten Clinton (im Juni), der UN-Menschenrechtskommissarin Robinson und des französischen Premiers Jospin (beide im September) sowie die Unterzeichnung der UN-Konvention über bürgerliche und politische Rechte („Zivilpakt“) durch die chinesische Regierung (Anfang Oktober)¹ nutzten die Dissidenten dazu, ihrer Oppositionsbewegung neue Konturen zu verschaffen: In abgestimmten Aktionen wurden in einer Vielzahl chinesischer Städte Anträge auf die Zulassung einer Oppositionspartei gestellt, Petitionen und Denkschriften an Regierungsstellen gesandt, Kandidaturen bei lokalen Volkskongreßwahlen angekündigt, gerichtliche Klagen gegen Polizeirepressalien eingereicht sowie – mit Hilfe von Menschenrechtsorganisationen in Hongkong und in den USA – Appelle an die internationale Öffentlichkeit gerichtet.

Die internationale Aufmerksamkeit, zeitweilige Lockerungen in der Presse- und Medienkontrolle, die partielle Reform des chinesischen Strafrechts wie auch Unsicherheiten im Verhalten der lokalen Behörden ermöglichten es den versprengten Dissidenten, das Profil ihrer Bewegung durch neue organisatorische und programmatische Vorstöße zu schärfen.

¹Solange die Ratifizierung durch den NVK und die erforderlichen Anpassungen der innerchinesischen Rechtsordnung an die weitreichenden Freiheitsrechte des Zivilpaktes noch ausstehen, wird die formelle Unterzeichnung kaum eine greifbare Wirkung auf die Rechtspraxis in China nach sich ziehen. Allerdings haben mehrere Dissidenten damit begonnen, sich in ihren Aktivitäten auf die Unterzeichnung des Zivilpaktes durch die Regierung zu berufen, was in regionalen Behörden offenbar für einige Verunsicherung sorgte. Siehe etwa *Sing Tao Jih Pao*, Hongkong, 6.10.1998, nach SWB, 7.10.1998. Die UN-Konvention über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (Sozialpakt) war bereits im Oktober 1997 unterzeichnet worden (siehe C.a. 1997/10, S.962), ist aber bislang vom Nationalen Volkskongreß (NVK) noch nicht ratifiziert worden.

Organisatorische Vorstöße

Bereits am 25. Juni – gleich zu Beginn des Staatsbesuchs des amerikanischen Präsidenten – hatte eine Dissidentengruppe in Hangzhou (Provinz Zhejiang) versucht, eine „Demokratische Partei Chinas“ offiziell registrieren zu lassen. Die für die Registrierung zuständige Provinzbehörde für Zivile Angelegenheiten wies den Antrag zurück. Die Behörde für öffentliche Sicherheit nahm die beteiligten Aktivisten für kurze Zeit in Gewahrsam, um sie nach einer Verwarnung nach und nach wieder freizulassen. (C.a., 1998/6, S.594)

Im Vorfeld des Besuchs der UN-Menschenrechtskommissarin im September knüpften Dissidenten in sieben weiteren politischen Zentren Chinas (Wuhan, Jinan, Shenyang, Changchun, Harbin, Shanghai und Beijing) an die Hangzhouer Aktionen vom Juni an und beantragten die Zulassung einer „Demokratischen Partei Chinas“ in der jeweiligen Provinz:

- In *Wuhan* (Provinz Hubei) und *Jinan* (Provinz Shandong) zeigten sich die Behörden für Zivile Angelegenheiten, die für die Registrierung von gesellschaftlichen Vereinigungen zuständig sind, zunächst überraschend aufgeschlossen gegenüber den Anträgen auf Parteigründung, die von lokalen Dissidenten eingereicht wurden. Nach Angaben einer Hongkonger Menschenrechtsorganisation soll in beiden Provinzen eine Genehmigung des Antrages in Aussicht gestellt worden sein, sofern gewisse Auflagen im Hinblick auf Finanzen, Personal und Mitgliedschaft erfüllt würden. Mit einiger Verzögerung schwenkten jedoch auch die Behörden in Hubei auf einen restriktiven Kurs um, nahmen einzelne Dissidenten fest und verhörten sie.
- Auch in den Nordostprovinzen reichten in *Shenyang* (Provinz Liaoning) fünf Dissidenten, in *Changchun* (Provinz Jilin) zwei und in *Harbin* (Provinz Heilongjiang) ein Dissident entsprechende Anträge bei den Behörden ein. Die Dissidenten bekannten sich dazu, die Position Jiang Zemin als Staatspräsident und die Führungsrolle der Kommunistischen Partei anzuerkennen. Dennoch wurde in Changchun einer der Aktivisten wegen Kontakten zu „illegalen Organisationen“ inhaftiert.
- In *Shanghai* wurden die Anträge, in denen die beteiligten Dissidenten dezidiert die Errichtung eines Mehrparteiensystems forderten, sofort als Rechtsverstoß behandelt und führten dazu, daß einzelne Aktivisten von der Polizei kurzzeitig festgesetzt und wegen gesetzeswidrigen Verhaltens streng verwarnt wurden.
- In *Beijing* wurden bereits die Vorbereitungen zur Antragstellung von den Sicherheitsbehörden unterbunden, die beteiligten Dissidenten verhört und verwarnt und dann wieder freigelassen. (SCMP, 15./19./21./23.9./2.10.1998)

Nach Auskunft eines beteiligten Aktivisten aus der Provinz Shandong sollen mehrere hundert Personen landesweit die Gründung der „Demokratischen Partei

Chinas“ unterstützt haben. Die regionalen Zweige der Oppositionsbewegung sollen in regelmäßigem Kontakt stehen und finanzielle Unterstützung aus dem In- und Ausland erhalten. (*Mainichi Shimbun*, Tokyo, 13.9.1998, nach SWB, 15.8.1998)

Über diese Parteigründungs-Initiative hinaus kam es im September zu einer Vielzahl anderer Aktivitäten. Aus sieben Provinzen (Henan, Zhejiang, Jiangsu, Anhui, Jiangxi, Sichuan und Hunan) wurde gleichzeitig ein Antrag beim zentralstaatlichen Ministerium für Zivile Angelegenheiten eingereicht, in dem um die Registrierung einer Vereinigung gebeten wurde, die der Korruptionsüberwachung durch die Bevölkerung dienen soll. In dem Antragschreiben wurde die Korruption als „Zeitbombe“ für die soziale Stabilität dargestellt. Der Antrag wurde vom Ministerium zurückgewiesen. (AP, 24.9.1998; Central News Agency, Taipei, 3.10.1998, nach SWB, 5.10.1998)

Auch wurde eine Reihe von Petitionen und Denkschriften an die Zentralregierung übersandt. Am 21. September protestierte der Dissidenten-Veteran Xu Wenli zusammen mit mehreren Mitstreitern in einem offenen Brief gegen die Festnahme der Arbeiteraktivistin Zhu Rui (sie soll in Beijing mehrfach Arbeiterproteste gegen Lohn- und Pensionsrückstände sowie gegen Entlassungen mitorganisiert haben) und kündigte an, in Beijing ein Büro einzurichten, das den Austausch zwischen den Bürgerrechtlern und anderen Intellektuellen koordinieren soll. Auch bekundeten drei weitere Dissidenten die Absicht, bei den nächsten Volkskongreß-Wahlen der unteren Ebenen in Beijing kandidieren zu wollen. Die drei wurden in den darauffolgenden Tagen von Polizeivertretern unter Druck gesetzt und aufgefordert, ihre Kandidaturen zurückzuziehen. (dpa, 21.9.1998; *Washington Post*, 22.9.1998; SCMP, 26.9.1998)

Wie gut die überregionale Koordination zwischen den Dissidenten in verschiedenen Landesteilen inzwischen dank des Zugangs zu moderner Kommunikationstechnik (Telefon, Fax und Internet) gelingt, wurde deutlich, als am 22. September insgesamt 179 Dissidenten aus 23 Provinzen in einem offenen Brief an die Partei- und Staatsführung die Freilassung von drei inhaftierten Dissidenten² forderten. Der offene Brief war über eine Hongkonger Menschenrechtsorganisation innerhalb Chinas und im westlichen Ausland verbreitet worden. (AFP, 22.9.1998; *Ming Pao*, Hongkong, 23.9.1998, nach SWB, 25.9.1998)

Ein gemeinsames Merkmal der jüngsten Dissidenten-Aktionen besteht darin, daß der Kern der Aktivisten von „Veteranen“ der Protestbewegung von 1989 sowie – in geringerer Zahl – auch der „Demokratiemauer“-Bewegung von 1979 gestellt wird. Viele dieser Dissidenten haben wegen ihrer damaligen Aktivitäten mehrjährige Haftstrafen abgesessen und fürchten offenkundig eine abermalige Inhaftierung nicht. Obwohl diese Dissidenten-Generation ihre politischen Wurzeln aus Schlüsselereignissen der Vergangenheit bezieht, die für einen Großteil der Bevölkerung in historische Ferne gerückt sind, zeigt sich in der Programmatik der jüngsten Oppositionsaktivitäten eine

Neuorientierung, die über bisherige Forderungen hinausgeht.

Programmatische Vorstöße

Ende September wurden in China und im Ausland zwei Deklarationen in Umlauf gebracht, die sich mit der Lage der bürgerlichen Freiheitsrechte und der sozialen Gerechtigkeit in China befassen. Drei Akademiker, ein Privatunternehmer sowie ein ehemaliger Parteifunktionär unterzeichneten die Deklarationen, an deren Abfassung jedoch viele weitere sympathisierende Intellektuelle mitgewirkt haben. (*New York Times*, 30.9.1998) Beide Deklarationen sind in Auszügen im Anschluß an diesen Aufsatz abgedruckt (in der englischen Übersetzung der Initiative „Human Rights in China“, New York) und verschaffen einen Eindruck von dem Reifungsprozeß, den die chinesische Dissidentenbewegung seit 1989 durchlaufen hat.

Die Deklarationen greifen in ihrer Argumentation unter anderem auf zwei regierungskritische Bücher zurück, die in diesem Jahr veröffentlicht wurden. Die „Deklaration über bürgerliche Rechte und Freiheiten“ ist beeinflusst von dem Werk „Politisches China: Im Angesicht einer Ära der Entscheidung über eine neue Ordnung“ (*Zhengzhi zhongguo – mianxiang xin tizhi xuanze de shidai*, Verlag Heutiges China, Beijing, Juli 1998), dessen Mitherausgeber Shi Binhai inzwischen inhaftiert ist. In diesem Buch werden in vorsichtiger, aber unmißverständlicher Weise Vorschläge zu einer grundlegenden Reform des politischen Systems der VR China formuliert. Das Buch stieß auf große Resonanz unter Intellektuellen. Herausgeber und Autoren wurden zu Lesungen in Beijinger Buchhandlungen eingeladen, ein Fernsehsender brachte sogar eine Reportage über das Werk. Der von dem Buch ausgelöste Demokratisierungsdiskurs wurde erst beendet, als die Presse- und Publikationsverwaltung (der staatliche Arm der KP-Propaganda-Abteilungen) einschritt und dem Verlag und dem Fernsehsender mit Sanktionen drohte. (*Ming Pao*, Hongkong, 12./23.9.1998, nach SWB, 14./25.9.1998)

Die „Deklaration über bürgerliche Rechte und Freiheiten“ weist darauf hin, daß die zunehmende Pluralisierung der chinesischen Gesellschaft wachsende Chancen für eine verbesserte Durchsetzung bürgerlicher Freiheitsrechte bietet. Die Deklaration folgt voll und ganz dem „westlichen“ Menschenrechtsbegriff und kritisiert die Herabsetzung individueller Interessen und Rechte im politischen Denken der chinesischen Tradition wie auch der sozialistischen Volksrepublik. Die fundamentale Bedeutung der Sicherung von privaten Eigentumsrechten für sämtliche andere Freiheitsrechte wird mehrfach hervorgehoben. Der Kommunistischen Partei wird die Befugnis abgesprochen, unumschränkt ohne Zustimmung des Volkes zu regieren und die Interessen des ganzen Volkes zu repräsentieren. China benötige einen friedlichen „Durchbruch“ zu einer neuen politischen Ordnung.

Die andere Deklaration – die „Deklaration über bürgerliche Rechte und soziale Gerechtigkeit“ – lehnt sich auf engste an die Argumentation an, die die Ökonomin He Qinglian in ihrem Buch „Die Fallgrube der Modernisierung“ (*Xiandaihua de xianjing*, Beijing, Verlag Heutiges China, Januar 1998) vertritt. In einer brillanten Analyse seziert die bislang nur akademisch aktive Autorin die politisch-wirtschaftlichen Interessen- und Korruptionsge-

²Namentlich *Tang Yuanjun*: ehemaliger Mechaniker, Aktivist von 1989 und Mitinitiator der landesweiten Zulassungskampagne für die „Demokratische Partei Chinas“ in Changchun; *Fang Jue*: ehemaliger Funktionär im Planungsapparat und Autor eines Aufrufs zur politischen Systemreform vom Anfang des Jahres; *Shi Binhai*: investigativer Journalist zu Korruptionsfragen und Herausgeber eines Buches über Verfassungsreformen.

flechte im gegenwärtigen China und übt implizit eine vernichtende Kritik am derzeitigen Herrschaftssystem.

Die Ende September veröffentlichte „Deklaration über bürgerliche Rechte und soziale Gerechtigkeit“ formuliert nun viele der kritischen Schlußfolgerungen He Qinglians in einer Sprache, die auch weniger gebildeten Chinesen zugänglich sein dürfte, und prangert unübersehbare Mißstände an:

- die maßlose Bereicherung von Teilen der Partei-Nomenklatura und ihrer Angehörigen im Laufe der Reformpolitik;
- die nahezu schrankenlose Ausbeutung und illegale Privatisierung öffentlicher Vermögenswerte;
- die Mißachtung grundlegender Rechte insbesondere der Bauern und zunehmend auch der Arbeiter;
- die Benachteiligung und korrupte Abschöpfung des Privatunternehmertums
- sowie allgemein die Verteilung von Einkommen und Vermögen zugunsten derer, die über politischen Einfluß verfügen, und zu Lasten der anderen, die zum Teil harte Arbeit leisten und doch nicht zu Wohlstand kommen.

Die Mißstände, die in dieser scharf formulierten Deklaration angesprochen werden, dürften tatsächlich den Kern der sozialen und politischen Frustration treffen, unter der viele Chinesen leiden. Die „Deklaration über bürgerliche Rechte und soziale Gerechtigkeit“ beinhaltet die schärfste und eingängigste Kritik, die bisher an den sozialen Folgen der Deng'schen Reformpolitik geübt worden ist. Diese Deklaration besitzt zweifellos eine sehr große Überzeugungs- und Mobilisierungskraft und könnte zur programmatischen Grundlage für eine wesentlich breiter abgestützte politische Oppositionsbewegung werden als alle zuvor von chinesischen Dissidenten veröffentlichten Dokumente.

Dissidenten und Behörden: „Wir nutzen jetzt das Recht!“

Bemerkenswert an den jüngsten Dissidenten-Aktivitäten ist auch die im Vergleich zu den Vorjahren zurückhaltende Vorgehensweise der Sicherheitsbehörden. In den meisten Orten, wo Anträge auf die Zulassung einer Oppositionspartei gestellt wurden, beschränkte sich die Polizei auf kurze Verhöre und Verwarnungen der beteiligten Bürgerrechtler.

Zum Zeitpunkt der Antragstellung auf Zulassung der „Demokratischen Partei Chinas“ kam den Dissidenten auch eine zeitweilige administrative Konfusion in den lokalen Behörden für Zivile Angelegenheiten zugute. Da für September eine Neuregelung der Zulassung gesellschaftlicher Vereinigungen durch die Zentralregierung angekündigt war, wußten manche Behörden offenbar nicht, wie sie mit den Anträgen umgehen sollten³ und zeigten deshalb ein überraschend vorsichtiges, abwartendes Verhalten.

³Die Provinzbehörde für Zivile Angelegenheiten in Hubei wies die Dissidenten explizit auf eine anstehende Neuregelung hin, die zu einer Vereinfachung des Verfahrens führen werde. (SCMP, 15.9.1998) Tatsächlich wurden am 25. September neue Grundsatzbestimmun-

Darüber hinaus aber scheinen Reformen der letzten Jahre im Bereich des Strafrechts- und Justizsystems allmählich günstige Wirkungen auf den Bewegungsspielraum der Dissidenten zu entfalten. Viele Bürgerrechtler berufen sich verstärkt auf gesetzliche Neuerungen im Bereich des Straf- und Verwaltungsrechts und auf die Unterzeichnung internationaler Menschenrechtsdokumente durch die chinesische Regierung, um auf eine Mäßigung der Polizeiwilkkür ihnen gegenüber hinzuwirken. Im September lassen sich einige Fälle (in Shanghai und Wuhan) dokumentieren, in denen wegen politischer Vergehen Inhaftierte sogar von der Staatsanwaltschaft Rücken-deckung erhielten oder Polizeimaßnahmen von Gerichten überprüfen lassen konnten. (SCMP, 3./9./11./30.9.1998) Zwar wird die Rechtmäßigkeit des Vorgehens der Sicherheitsbehörden in solchen Verfahren letztlich praktisch immer bestätigt. Aber die „politischen“ Abteilungen der Sicherheitsbehörden gehen in jüngster Zeit mit erkennbar größerer Vorsicht gegen Dissidenten vor.

So berichteten etwa die Dissidenten Xu Wenli (Beijing) und Qin Yongmin (Wuhan) davon, daß sie von Polizeivertretern jüngst erstmals „zum Essen eingeladen“ worden seien. Sie sollten überredet werden, geplante eigene politische Aktivitäten aufzugeben oder andere von solchen Aktionen abzuhalten. Ein Großteil der Initiatoren der „Demokratischen Partei Chinas“ sei auf diese Weise behandelt worden und nur für ganz kurze Zeit von der Polizei festgehalten worden. Xu Wenli führt die Vorsicht der Polizei auf die genauen Rechtskenntnisse zurück, die sich viele Dissidenten angeeignet haben: „Wir nutzen jetzt das Recht, und damit sind [die Sicherheitsbehörden] bisher nie in dieser Weise konfrontiert gewesen.“ (SCMP, 29.9.1998) Auch hat sich offenkundig der überregionale Zusammenhalt und Kommunikationsfluß unter den Dissidenten deutlich verstärkt. Es ist schwieriger für die Polizei geworden, willkürliche Festnahmen von Bürgerrechtlern durchzuführen, ohne Proteste anderer Dissidenten zu provozieren, die sogleich in die internationale Öffentlichkeit weitergeleitet werden.

Perspektiven der politischen Opposition in China

Wie lassen sich die Aussichten der innerchinesischen Opposition vor dem Hintergrund dieser jüngsten Entwicklungen einschätzen?

Die staatliche Entscheidungszentrale in Beijing steht angesichts vielfältiger innerer und äußerer Herausforderungen (siehe C.a., 1998/8, S.799-800) derzeit unter einem hohen Druck. In einer solchen Phase sind kaum Zugeständnisse im Hinblick auf politische Reformen zu erwarten. Im Gegenteil steht die Disziplinierung der Partei- und Staatshierarchie mit Hilfe der alten Kontrollmechanismen zur Zeit wieder im Vordergrund der chinesischen Politik.

Andererseits ist im Zusammenhang mit den jüngsten Dissidenten-Aktionen deutlich zu erkennen, wie löchrig die Parteikontrolle über Ideologie und Medien nur noch ist und wie unsicher lokale Behörden auf Vorstöße der po-

— gen zur Registrierung nichtstaatlicher Organisationen von der Ständigen Konferenz des Staatsrates verabschiedet, deren genauer Inhalt noch nicht bekanntgegeben wurde. (XNA, 25.9.1998)

litischen Opposition reagieren, wenn eindeutige Vorgaben aus Beijing fehlen. Die sporadische Unterstützung regierungskritischer Publikationen durch Verlagshäuser, Zeitungen, lokale Fernsehsender und sogar Parteifunktionäre macht deutlich, daß das Anliegen der politischen Reform auf breitere Sympathien trifft, als bisher manifest werden konnte.

Organisatorisch und programmatisch hat die innerchinesische Oppositionsbewegung zweifellos Fortschritte gemacht. Die jüngsten Aktivitäten haben offenbart, daß ein landesweites Netz von Dissidentenzirkeln in städtischen Zentren besteht, das auf moderne Kommunikationsmittel und auf die Außenunterstützung durch international operierende Menschenrechtsorganisationen zurückgreifen kann. Personell stützt sich die Opposition auf einige hundert, im ganzen Land verstreute „professionelle“ Dissidenten und eine unbekannte, offenkundig aber wachsende Zahl von Sympathisanten in Medien und Staatsorganen. Verbindungen zu Arbeitern oder gar zu Bauern, die unter den sozialen Folgen der Reformpolitik besonders zu leiden haben, sind weiterhin nur schwach ausgeprägt. Es finden sich aber Hinweise darauf, daß einzelne Dissidenten eine Rolle in der Organisation lokaler Arbeiterproteste gespielt haben.

Von großer Bedeutung für das Mobilisierungspotential der innerchinesischen Opposition dürfte die Hinwendung zu einer Programmatik sein, die in einfacher Sprache die Sorgen, Nöte und Unzufriedenheiten der breiten Bevölkerung artikuliert und nicht mehr nur die Anliegen einer kleinen Zahl von Dissidenten-Intellektuellen zum Ausdruck bringt. Die im September in Umlauf gebrachten beiden Deklarationen – insbesondere die Deklaration zu Fragen der sozialen Gerechtigkeit – dürften den Nerv weiter Teile der Bevölkerung treffen. Die geschärfte und populäre Programmatik der innerchinesischen Opposition könnte auf Dauer zu einer ernsthaften Herausforderung für die von der Kommunistischen Partei betriebene Reformpolitik werden, deren positive Errungenschaften durch die räuberische Selbstbereicherung eines Teils der Kaderschicht und durch sich verschärfende soziale Verwerfungen in Frage gestellt werden.

Appendix 1

Declaration on Civil Rights and Freedom

Signed by:
Ding Zilin, Lin Mu, Jiang Qisheng
(Spokesperson), Jiang Peikun (Drafter),
Wei Xiaotao

September 22, 1998

[...] At the close of the 1980s and the beginning of the 1990s, the totalitarian system in Eastern Europe and the Soviet Union disintegrated. The end of the Cold War between East and West enabled even more people around the world to win their freedom. However, as the century ends, China is still essentially unfree, the largest such country in today's world, a fact which is a cause of profound distress to all Chinese people.

With the birth of the new century on the horizon, on behalf of ordinary Chinese citizens, intellectuals, workers, peasants, soldiers, students, the self-employed and private entrepreneurs, managers, officials and officers of parties, government and the armed forces and public servants at all levels, as well as all Chinese inside or outside the territory of China, we solemnly declare:

The China of the 21st century should be a free China;

The Chinese people of the 21st century should be free people.

The primary basis of our appeal is the recognition that human rights are innate, that everyone is born free. This freedom belongs to each of us, regardless of race, color, sex, language, religion, political or other views, nationality or class origin, wealth, birth or other identity; it is inalienable, and non-negotiable; in exercising our own freedom and rights, each of us should respect and refrain from obstructing others in their equal enjoyment of such rights. [...]

The level of civilization and quality of life of any country or nation should not merely be measured by whether or not it safeguards the survival of its people and provides them with an abundance of material goods, but also by whether or not every citizen enjoys the freedom to choose his or her own way of living, and the freedom to pursue self-realization in accordance with his or her individuality and aspirations. [...]

Shortly after the Chinese Communist Party came to power in mid-century, it implemented nationwide policies of land reform, establishment of agricultural cooperatives and socialist transformation of privately-owned industrial and commercial enterprises, which completely deprived citizens of the right to own property, one of the most basic human rights. [...] In such circumstances, all Chinese people were alienated from their own means of ensuring their survival and placed in a relationship of subjugation, thus losing the possibility of realizing their economic freedom and their social, political and cultural rights and freedoms.

[...] However, great changes have occurred in China in the past nine years or so. As consciousness of citizens'

rights has grown, increasingly Chinese people are aware that they must fight to protect their own rights and interests. As the private economy has grown, so the number of higher-income residents has increased, and their social status has also risen. People in the intellectual, academic, media and publishing circles, including some within the CCP, have begun to break through prohibitions on what can be discussed and have enlarged the boundaries of expression more and more. A pluralistic, modern society that is relatively independent of the existing system is beginning to take shape, and the dependence of the people upon state power has already weakened.

Under such circumstances, if the authorities continue to impose repressive policies without instituting any reforms, they will become increasingly unpopular; if the authorities continue to cling obstinately to such a course, mistaking people's patience for acquiescence, people will reach the limit of endurance and will have every reason to resist those in power, to remove the shackles imposed upon them.[...] Up until today, the property rights of ordinary Chinese citizens have still not been accorded legal recognition. This fundamentally restricts citizens' rights to pursue freedom, to participate equally in social and economic activities and to compete in the market, while it provides corrupt officials with opportunities to embezzle state assets and land, disrupting the operation of the market. Legal protection of citizens' right to own property is the foundation for citizens' enjoyment of all other rights and freedoms. In China today, however, the powerless who constitute the majority of society not only have no legal protection for their property, but are in fact deprived of the opportunity of acquiring or possessing property.

Up until today, China's rulers continue to impose on all Chinese citizens a political party that cannot represent the interests and will of all the people. They enact legislation to put this political party above the government and all other political parties and organizations, and to subordinate the nation's armed forces to this political party. In today's world, people cannot accept such a method that ensures one specific party the top position without the assent of the citizens. If this situation continues, there is bound to be increasing conflict with the reality of pluralistic interests and values that have emerged in the process of China's modernization.

[...] Up until today, China's current legal system is in reality still a tool used by the ruling clique to maintain and safeguard its grip on power. Because under the existing legislative and judicial system the power of the CCP is still higher than the power of citizens, while the individual authority of leaders surpasses the authority of the law, it is very difficult for ordinary citizens to protect their legitimate rights and interests effectively through the current legal process. Indeed, it is hardly possible to restrain the government's power, particularly its abuse of power, through such procedures. As to so-called "judicial fairness" and all citizens being equal before the law, these remain, in most cases, mere slogans not reflecting the reality. In recent years, the authorities have repeatedly promised they would put into practice the idea of "ruling the country according to law" and said they would "strengthen the legal system". But such endeavors cannot fundamentally alter the subordinate status of the existing legal system in the framework of state power.

[...] During the past ten years or so, the disadvantaged sectors of society, including workers and peasants who live by their labor, have been rapidly relegated to the margins of society, as their lawful rights and interests have been more severely violated than those of any other social group. Yet these ordinary working people are deprived of any right to resist, in particular the right to organize independent trade unions (or peasant associations). Whenever they are pushed so far that they express their resistance by exercising their rights and freedoms through such means as marches and demonstrations, the government authorities either fail to respond, make some perfunctory gesture, or resort to violent, ruthless repression. [...]

All these practices are in conflict with the principles enshrined in the Universal Declaration of Human Rights and the two covenants on human rights. For a long time, many people of insight inside and outside China have drawn the attention of China's ruling authorities to the serious violations of citizens' fundamental rights and freedoms which continue to occur, and have called on them to institute practical measures to correct the situation. But the authorities have either turned a deaf ear to these calls, or have resorted to vicious slander and vengeance against those who raised them.

In the light of the authorities' disregard of the will of the people, we hereby call on all Chinese citizens and those with understanding in all walks of life: as we move into the new century, China needs a new breakthrough. We call on everyone to contribute their utmost to achieving such a breakthrough. We hope that the process will be peaceful and orderly. We hope for citizens' extensive participation.

To this end, we ask every Chinese citizen to take note of the elements we have described which are blocking our achievement of freedom, and to realize that it is not only the obligation of the government, but also the responsibility of each and every citizen, to change the current situation.

[...] Bound by a firmly established system of imperial power and a hierarchical structure for several thousand years, we Chinese people have always had a relatively weak sense of individuality, individual rights and freedoms. We have to acknowledge that this is not a virtue of our race, but a failing. This kind of weakness makes it difficult for a large proportion of Chinese people to break away from their traditional dependence and historical inertia; but without changing such traditional characteristics, China will continue to remain mired in the historical cycle of imperial autocracy. For this reason, our whole nation needs to conduct a self-examination, so as to fundamentally change the out-dated concept of giving supremacy to the so-called interests of the nation and the collective while blurring the value of the individual into the whole, and to allow the independent personality of citizens to arise. With their new image, Chinese people shall make it known to the world that, as have other peoples in the world, we have sufficient courage and wisdom to part from our past and to face the future.

We firmly believe that the China of the future will be a China that is full of hope and that the Chinese people of the future will be a people who are rightfully proud.

Appendix 2:

Declaration on Civil Rights and Social Justice

Signed by:

Ding Zilin, Lin Mu, Jiang Qisheng
(Spokesperson), Jiang Peikun (Drafter),
Wei Xiaotao

September 22, 1998

[...] Recognizing that fairness and justice are prerequisites for the protection of basic human rights and freedoms; recognizing that the protection of fairness and justice in society are important conditions for safeguarding national stability and social progress; We hereby appeal to all Chinese citizens and people from all walks of life to give serious concern to this country's problems relating to social justice.

Both history and current reality demonstrate that for citizens living in a dictatorial state not only is there no fairness or justice regarding political rights, but also there is none to be had regarding economic rights. The reason why such serious social injustice has been created in our country today is that China's rulers have adopted the traditional dictatorial system and refuse to contemplate any reform. A dictatorial system results in absolute monopoly of power.

Since such power is not constrained by the necessary checks and balances, it gradually loses sight of the public good and becomes a vehicle for personal privilege, while at the same time it loses the quality of service and transforms into power for its own sake. As a result, the relationship between people becomes very simplified, since all members of society are divided into two categories: the privileged and the deprived.

In China, the privileged initially sought special treatment in terms of political status and life's pleasures. But from the Cultural Revolution onwards, the powers of the privileged have expanded in all directions. The saying: "Possession of power is possession of everything", characterizes the nature of the power of the privileged during this era. In the era of reform and the open-door policy, there was a rapid qualitative change in the power of the privileged. The clearest indication of this is the alliance between power and money. Such an alliance quickly enlarged the power of the privileged from the political field into the economic field, and turned that power into a social resource with enormous potential. The unchecked expansion of the power of the privileged, along with its swift transformation into resources, caused the distribution of society's goods to tilt heavily in the favor of one of the two extremes, the rich and powerful. As a result, all fairness and justice in the society were ruthlessly trampled underfoot. This was one of the principal causes of the mass protest movement of 1989.

[...] In the early years of the 1990s, China's economic growth continued at a significant level, with individual and private businesses achieving relatively substantial development. But the hidden side of this reality was that the rulers allowed and even encouraged an even quicker entry of the power of the privileged into the market, which led to further degradation of the principle of social justice, rampant corruption in the whole society and the eruption of popular grievances across the country.

As the 1990s continued, the deprived majority of members of Chinese society quickly found themselves marginalized in the process of transforming the traditional economic system into a market-oriented economy. The saying, "Hard work brings wealth", had become an empty promise that was out of touch with reality. By contrast, the privileged took advantage of the economic transformation to put the resources under their control into the market, emerging as the major winners in the contest for profit and wealth.

During this period, ordinary Chinese citizens' right to own property was still never accorded legal acknowledgement. They have spent the most valuable years of their lives creating and amassing large quantities of wealth for the state, but have had no right to any part of this wealth. The holders of privileged power and the special interest groups which rely on them have taken advantage of repeated waves of reform to plunder state property, transforming it effectively into private property through unlawful means.

During this period, because of the fact that many state-owned enterprises had long been running at a loss, going bankrupt or closing down altogether, more and more workers in such enterprises found themselves pushed out of their factories and enterprises, joining the ranks of the laid-off and the unemployed. Meanwhile, those in charge of the management, distribution and disposal of state property took advantage of their offices to rob the public and enrich themselves, to steal what they were entrusted with guarding, thus becoming holders of semi-legal, or even illegal, gains. During this period, in the fever for setting up "development zones" and for trading in real estate, some of those in power in the government departments collaborated openly with people inside the country and developers from Hong Kong and Taiwan to embezzle and carve up a large proportion of the profits made in the transfers of the state-owned land. Meanwhile, the original inhabitants of such land, who were in a weak position, not only failed to receive sufficient financial compensation, but also suffered untold losses due to the destruction, takeover and long-term occupation and waste of large areas of land, including arable land.

During this period, in China's new private sector a group of "nouveaux riches" who amassed large quantities of wealth at unusual speed suddenly appeared. These upstarts weaseled their way into all kinds of deals, carrying the favor of powerful "patrons" by engaging in "the trade of money and power", thus appropriating state or collective property through the dirtiest means with no consideration for the rules of the market. But they were protected from any charges because of their "official background". At the same time, the majority of individual and private businesses had to suffer the hardships of unjust competition, frequently suffering discrimination, extortion and deception. Many business owners had to pay a price that went beyond their financial means and impinged on their personal dignity in order to obtain opportunities to develop their business.

During this period, more and more of the power holders in China's rural areas turned into a new generation of evil forces that thrived on abusing the people. In collusion with the chieftains of the local clans and even members of the criminal underworld, they acquired wealth by force or trickery, riding roughshod over local communities and dissipating themselves in a life of parasitic luxury. The honest peasants, who had long suffered the consequences of low state-fixed grain prices and predatory levies, could

only swallow their grievances and suffer in silence. Unwilling to bear such treatment, many of them had to leave their homes and become migrants, relying entirely on selling their hard labor for a living. During this period, the township and village enterprises which were mostly concentrated in economically developed areas came and went, prospered and declined, all in a short time. Those who controlled enterprises with links to power and connections turned their businesses into an ever-lasting feast. Once they had consumed the enterprises, they gobbled up the loans, once these had disappeared, they devoured "collective investments", then they dumped the crisis on to their employees and the local peasants, leaving these areas in a desperate situation with enterprises folding all around, and people barely able to make enough to survive.

[...] During this whole period, systemic corruption increased rapidly and spread widely, not only corroding social institutions, but also contaminating the hearts and minds of the people. This led to a weakening of social morality and the rules of behavior; gross error in the people's assessment of values and standards of judgement; the blurring of the boundaries between the good and the evil, the noble and the base and the just and the selfish; and the trashing of reason, conscience, responsibility and duty.

It is difficult to provide a full accounting of all the manifestations of this. It is not possible for the people to remain silent year after year seeing the extent to which the whole society is being distorted and debased. They definitely must stand up to those in power and say "no!" and ask "why?"

Chinese citizens are committed to the policies of economic reform and opening up, of developing the economy, of establishing a modern market economy and of proceeding down the road towards civilized prosperity. No one will allow a return to the old times. However, it has been 20 years since China embarked on reforms. Even though these reforms have eliminated egalitarianism in the distribution of wealth in society and given people some economic freedom, they have also brought about an unprecedented polarization of rich and poor. People are now confronted with the fact that society's wealth is not being accumulated by hardworking, pioneering and law-abiding people, but is falling into the hands of the dregs of society: the holders of privileged power and their sycophants, corrupt officials and those who steal what they are entrusted with protecting. People cannot continue to tolerate such distribution of wealth through the intervention of power rather than through fair competition.

The extreme nature of such distortions have led to grave disorder and imbalances in the conditions of China's politics, society and people. Today, a sense of imminent crisis, social collapse and fear about the future pervades every corner of the whole society. [...]

For the sake of society's justice and integrity,
For the sake of society's stability and vitality,
For the sake of a comfortable and peaceful life for all Chinese people,

We believe it is high time that all the current policies, especially all the "reform" policies, were thoroughly reviewed and corrected.

There must be legislation enacted to clarify the status of and retrieve all the state-owned assets lost through semi-legal and illegal appropriation. The worms who have gnawed away the national assets and resources must not escape the long arm of the law, and all their ill-gotten

gains must be recovered. [...] All the lands in the rural areas which were confiscated for collective ownership must be returned to the individual peasants and they may decide for themselves how to use, pass on through inheritance or transfer their portion of land.

[...] There must be measures taken at all levels to greatly reduce the number of government officials and to limit the power of the government to the largest possible extent. The special rights of political parties to interfere with the affairs of government, communities and independent society must be eliminated. The current practice of political parties, particularly the party in power, taking their expenses from the national treasury must be changed, and all party expenses should be raised by the parties themselves.

[...] There must be legislation enacted to safeguard fully the labor rights of citizens, and a comprehensive and effective social security system must be established.

In order to guarantee the smooth implementation of the above measures, the constitution and the current legal system must be amended to bring them into compliance with the U.N. Universal Declaration of Human Rights and the two human rights covenants which elaborate it.

[...] In order to ensure that their legitimate rights and interests may not be infringed, workers should be allowed to organize and participate in independent unions and peasants should be allowed to organize and participate in independent peasants unions. From now on, a gradual process should begin towards ending media censorship and the ban on political parties, and towards implementing a system of direct elections by citizens, so as to establish effective checks and balances and supervision mechanisms to prevent the abuse of government power.

Realizing fairness and justice is the common desire of all Chinese people, and it requires the common effort of all the citizens. The society should acknowledge that citizens have the right to pursue and own private wealth and property, and that this right should be applied equally to every citizen. However, realizing this right should not be achieved at the price of sacrificing social justice. Society should also acknowledge that citizens have the right to demand adherence to the principle of social justice in the distribution of wealth and property, and that this principle should also be applied equally to every citizen; but in the process of pursuing the realization of this principle, the citizens should not obliterate disparities which have emerged through the legitimate possession of wealth and property – all Chinese people recognize that returning to our past age of egalitarianism is a journey down a dead end street.

To this end, we appeal to all Chinese citizens, whether those who are well-to-do or those of low income, to safeguard the principle of social justice while at the same time protecting their own legitimate rights and interests. In promoting the cause of a fair and just society, we should keep to peaceful, rational methods based on democracy and the rule of law.

As the turn of the century approaches, in a spirit of deep seriousness and sincere hope we present our appeal to all Chinese citizens, and we earnestly request that China's rulers acquiesce to the will of the people and choose the path of righteousness.